

Sachkundige Bürger UWG
Sarlak, Ercan-Mevlüt

UWG

Sachkundige Bürger WfM
Wedemeyer, Stefan

WfM

beratende Mitglieder
Bielecke, Michael
Krug, Wolfgang
Schöpf, Susanne

fraktionslos
fraktionslos
fraktionslos

Es fehlten entschuldigt:

Ratsmitglieder CDU
Hüttenmeister, Monika

CDU

Ratsmitglieder FDP
Körbel, Emmi

FDP

Sachkundige Bürger SPD
Kristek, Andrea

SPD

beratende Mitglieder
Pietschmann, Peter
Rego, Robert

fraktionslos
fraktionslos

vom Schulamt für den Oberbergischen Kreis:

Barth, Ursula

von der Verwaltung:

Garn, Thomas
Dresbach-Bonzel, Beate

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Schul- und Sportausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Herr Fernholz begrüßt die Schulaufsichtsbeamtin des Schulamtes für den Oberbergischen Kreis, Frau Ursula Barth, die zum Thema **Inklusion** referieren wird.

Öffentliche Sitzung:

1	Gemeinsames Lernen von Schüler/innen mit und ohne sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ab Schuljahr 2014/2015 (Inklusion); Information	Drucksache Nr. IV/010/14
----------	---	------------------------------------

Frau Barth trägt dem Ausschuss anhand einer Powerpointpräsentation vor, welche Ziele das 9. Schulrechtsänderungsgesetz, das zum Schuljahr 2014/2015 in Kraft tritt, verfolgt und welche Auswirkungen dies für die Schulen, die Schulaufsicht und den Schulträger hat. Insbesondere wird erläutert, wie das Verfahren zur Umsetzung der inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf konzipiert ist.

Grundsätzlich haben Eltern das Recht, dass ihr Kind mit Behinderung eine allgemeine Schule besucht. Dieses Wahlrecht besteht derzeit bei der Einschulung in das erste Schuljahr, beim Wechsel in eine weiterführende Schule und dem Übertritt in die gymnasiale Oberstufe.

Die Feststellung eines Förderbedarfs erfolgt künftig in der Regel auf Antrag der Eltern, nur in Ausnahmefällen, wenn z.B. zieldifferent unterrichtet werden soll, kann eine Antragstellung durch die Schule erfolgen.

Es wird verdeutlicht, dass es insbesondere im Bereich der Förderschwerpunkte Lernen (L), Emotionale und soziale Entwicklung (ES) und Sprache (S) künftig eine Verlagerung der Beschulung von den Förderschulen zu den Regelschulen geben wird, was in absehbarer Zeit zur Schließung der Förderschulen in diesen Bereichen führen kann.

Die entsprechende Powerpointpräsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Aus dem Ausschuss werden Fragen bezüglich der Versorgung der Regelschulen mit Sonderpädagogen gestellt.

Hierzu erklärt Frau Barth, dass eine Budgetierung der Stellen für sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf erfolgen wird, aufgrund derer eine systematische Versorgung der Schulen generiert wird. Konkrete Angaben dazu, welche Schule welches Lehrerkontingent im sonderpädagogischen Bereich erhalten wird, können seitens der Schulaufsicht nicht gemacht werden.

Auch hinsichtlich der durch die Inklusion entstehenden zusätzlichen Raumbedarfe

kann die Schulaufsichtsbeamtin keine Angaben machen, da es hierzu keine gesetzlichen Vorgaben gibt.

Herr Garn führt zu diesem Punkt aus, dass nach wie vor nicht geklärt sei, wer die zusätzlichen Kosten der Inklusion tragen wird. Die Frage der Konnexität ist weiterhin offen, eine Einigung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den kommunalen Spitzenverbänden kam vor allem wegen unterschiedlicher Auffassungen zu den dauerhaften Personalkosten für die Inklusion nicht zustande. Die Konnexitätsrelevanz des Inklusionsprozesses wird aller Voraussicht nach nunmehr vor dem Verfassungsgerichtshof NRW geklärt werden. Sollten die durch die Inklusion verursachten Kosten – auch Betriebskosten für die von den Schulen für notwendig erachteten zusätzlichen Räume – seitens des Landes gegenüber den Kommunen zu ersetzen sein, wäre die Zuverfügungstellung von zusätzlichen Räumen eher realisierbar.

2	Grundschulverbund Marienheide; Entwicklung / Perspektiven	Drucksache Nr. IV/011/14
----------	--	------------------------------------

Frau Schöpf, Rektorin des Grundschulverbunds Marienheide, berichtet über die Arbeit am Grundschulstandort Leppestraße.

Sie führt aus, dass die Bildung des Verbunds teils mit Skepsis betrachtet worden sei, nun stelle sich jedoch heraus, dass insbesondere durch die vorbildliche Arbeit des Lehrerkollegiums ein Zusammenwachsen der früheren GGS Marienheide und der KGS Marienheide stattgefunden habe. Unter Anderem seien so genannte „Jahrgangsteams“ gebildet worden, die einheitliche Qualitätskriterien erarbeitet haben, um unterschiedliche Leistungsprofile auszugleichen. Auch durch die Einrichtung einzelner Lerngruppen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, werde man den Anforderungen in der Schuleingangsphase gerecht.

Des Weiteren wird berichtet, dass, um eine Verzahnung mit den örtlichen Kindertagesstätten zu bilden, diese regelmäßig in die Schulen eingeladen bzw. von Lehrern besucht werden.

Frau Schöpf teilt mit, dass aus personellen Gründen am Grundschulverbund keine Arbeitsgemeinschaften angeboten werden können. Um dennoch den Schülerinnen und Schülern ein entsprechendes Angebot unterbreiten zu können, sei eine Kooperation mit der Gesamtschule Marienheide eingegangen worden. Schülerinnen und Schüler der Verbundschule können daher an Arbeitsgemeinschaften der Gesamtschule teilnehmen. Dies trage auch dazu bei, die Akzeptanz der weiterführenden Schule am Grundschulstandort zu erhöhen.

Fragen hinsichtlich der Ausrichtung der aus konfessionellen Gründen unterschiedlichen schulischen Festivitäten beantwortet die Schulleiterin dahingehend, dass sowohl das St. Martins- als auch das Lichterfest gefeiert werden. Auch Karneval bzw. eine Spaß- und Spielolympiade werde stattfinden.

Frau Schöpf weist besonders darauf hin, dass aus schulischer Sicht der Wunsch bestehe, die derzeitige Nutzung der vorhandenen Räume auch künftig in unveränderter

Weise fortzuführen. Neue Unterrichtskonzepte machten dies erforderlich. Herr Garn verweist auch hier darauf, dass das Raumkonzept von den Erfordernissen, die die Inklusion mit sich bringt, abhängig sei. Daher könne derzeit keine abschließende Regelung getroffen werden.

Auch die Einrichtung einer gemeinsamen Schulbibliothek wurde thematisiert.

3	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

Herr Garn informiert den Ausschuss über die Anmeldezahlen der Gesamtschule Marienheide zum Schuljahr 2014/2015 (s. Anlage).

Herr Bielecke weist darauf hin, dass es auch am Schulstandort Müllenbach Raumprobleme gebe. Insbesondere sei das Lehrerzimmer aufgrund der Größe seitens der Schulaufsicht als ungeeignet eingeschätzt worden.

Das Gebäudemanagement der Gemeinde hat in dieser Angelegenheit Unterstützung zugesagt. Erforderliche Verfahren zur Nutzungsänderung und brandschutztechnische Genehmigungen sind in die Wege geleitet.

Vorsitzende/r:

Schriftführer/in:

Wilfried Fernholz

Beate Dresbach-Bonzel

Gesehen:

Uwe Töpfer
Bürgermeister